

KOMMENTAR Berliner Jugendämter: Untersuchung belegt Überalterung, Schräglage eingesetzter Mittel und mangelnden Sozialraumbezug – nun soll das „Musterjugendamt“ kommen!

[05.08.2009] Der auf den 1. Juli datierte Abschlussbericht „Personalausstattung sozialräumlich organisierter Berliner Jugendämter“ der Berliner Unternehmensberatung Steria Mummert Consulting zeichnet ein in Teilen bedenkliches Bild der Berliner Jugendamtspraxis. Zwar wird kein gestiegenes Aufgabenspektrum festgestellt, sodass „ein pauschaler Aufschlag von Personalkapazitäten über alle Aufgabenbereiche (...) nicht sinnvoll“ (ebd.:16) sei. Allerdings schwankten die vorhandenen personellen und sachlichen Ressourcen erheblich. Besonders bei der Infrastruktur seien erhebliche Defizite auszumachen (ebd.:16). Problematisch sei die Überalterung der Teams; rund 1/3 der jetzt Beschäftigten schieden bis 2019 aus. Die Befunde im Einzelnen:

- **Man kann in Berlin nicht davon sprechen, dass Jugendämter im Sozialraum dezentralisiert seien, so der Befund. Die „angestrebte organisatorische Standardisierung der Jugendämter“ habe nicht stattgefunden. Zwar variierten die soziostrukturellen Rahmenbedingungen in den Bezirken erheblich, aber dies könne nicht erklären, dass es sowohl als auch stark steuernd, zentralisierte, dezentralisierte und stark operativ tätige Jugendämter gäbe. Zitat: „Die untersuchten Jugendämter haben ihre Aufgabenwahrnehmung im Zuge der Einführung der Sozialraumorientierung in unterschiedlichem Maße dezentralisiert. Der Anteil der Personalressourcen, die organisatorisch in die Regionen verlagert worden sind, variiert zwischen 27 und 47 Prozent (Mittelwert: 36,8 %).“ (ebd.:14).**
- **Die untersuchten Jugendämter weisen höchst unterschiedliche Zahlen von Fachkräften insgesamt und von Fachkräften Sozialer Arbeit und Verwaltungskräften aus.** „Der Umfang des vorhandenen Personalressourcen (inkl. Jugendfreizeiteinrichtungen) variierte bezogen auf die Zielgruppe der Jungen Menschen unter 21-Jahren in den fünf Jugendämtern (Stand: 01/2008) zwischen 4,63 und 6,72 Vollzeitstellenäquivalenten. Zugleich unterscheidet sich die Zusammensetzung des Personals deutlich. So variiert das Verhältnis von Verwaltungs- zu Sozialdienstmitarbeiter/innen (Stand: 01/2007) zwischen 1:1,23 und 1:0,69. Dies lässt deutlich unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte in den Jugendämtern erkennen.“ (ebd.:14), so die Autoren. Hier gilt es hellhörig zu werden! Agiert Soziale Arbeit doch vor Ort in recht unterschiedlichen sozialen Strukturen; daraus wären Unterschiede in Stadtteilen verständlich und es spräche ja nichts dagegen, sie konsequent nach sozialer Struktur auszustatten. Man lese aufmerksam: „Die Höhe der durch die Jugendämter eingesetzten Finanzmittel für die Kinder- und Jugendhilfe unterscheidet sich ebenfalls deutlich. Gemäß der KLR variierte die Höhe (...) pro Einwohner/in unter 21 Jahren im Jahr 2007 zwischen 1.119 und 1.438 Euro. Dabei gab es Jugendämter, die im Vergleich zum Gesamter Berliner Durchschnitt gleichermaßen geringe Personal- und Transferkosten aufwiesen, und solche mit vergleichsweise hohen Personal- und Transferkosten.“ Doch auch die unterschiedlichen Leistungsumfänge ließen sich – so die Studie – allein mit unterschiedlichen sozialen Problemlagen vor Ort nicht erklären. *Wir denken: Gut so. Mehr Mutige braucht das Land!*
- **Die Analyse der Personalstruktur „lässt starke „Überalterungstendenzen“ innerhalb des Personalkörpers der Berliner Jugendämter erkennen:** Lediglich vier Prozent der Mitarbeiter/innen sind demnach unter 35 Jahren alt. Insofern muss die Diskussion über das künftige Aufgabenspektrum sowie die Art der Aufgabenwahrnehmung der Berliner Jugendämtern insbesondere auch unter Berücksichtigung der bevorstehenden absehbar hohen Zahl altersbedingter Personalabgänge geführt werden. So scheiden innerhalb der nächsten zehn Jahre rund 30 Prozent der Beschäftigten, davon überdurchschnittlich viele aus dem Sozialdienst, altersbedingt aus. Hieraus resultiert in den nächsten Jahren zum einen ein erheblicher Personalersatzbedarf, der auch unter dem Gesichtspunkt des Erhalts von Erfahrungswissen aktiv gestaltet werden muss.“ (ebd.:16).

Geht es nach den vorliegenden Empfehlungen, steht den Berliner Jugendämtern nun eine neue Organisationsreform hin zum „Musterjugendamt“ bevor. Und so heißt es nicht einfach zur Personallage, dass mit Hochdruck mehr junges Personal zu gewinnen ist – vielmehr bilde „der absehbare Wechsel einen guten Zeitpunkt, die inhaltliche und fachliche Ausrichtung der Jugendämter im Sinne des Leitbildes Jugendamt zu überprüfen und ggf. anzupassen.“ (ebd.:16). Hurra, es folgt die Reform der Reform! Der Vorschlag der Berater: Ein als Zugangs- u. Meldestelle agierendes *dezentrales* Eingangsmanagement soll das „Risiko von punktuellen Arbeitsüberlastungen“ (ebd.:22) minimieren. Eine echte Fach- und Ressourcenverantwortung soll eingeführt werden. Einsparpotential: Bisher noch vorgehaltene eigene Jugendfreizeitstätten sollen der „Angebotssteuerung und verwaltungsmäßigen Abwicklung“ (ebd.:18) weichen, eigene Supervisionsstellen in der Familien- und Erziehungsberatung entfallen, diese soll mit dem kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst als „zentraler psychiatrischer Fachdienst“ (ebd.:19) im Jugendamt verschmolzen werden und das bestehende Netzwerk Kinderschutz im Gesundheitsamtsbereich ins Jugendamt überführt werden. Empfehlungen also, die viele Fragen aufwerfen: So werden Äpfel mit Birnen verglichen, denn Familien- und Erziehungsberatung mag psychiatrische Themen berühren, ist aber nicht mit psychiatrischen Diensten gleichzusetzen. Nicht nur, dass sich bundesweit ein eigenständiges Profil und Selbstverständnis entwickelt hat, das Unternehmensberatern, bei aller Sorgfalt des Berichts, konsequenter Weise nicht bekannt sein dürfte: Auftrag wie Klientel sind nicht dieselbe. Auch kann in Frage gestellt werden, ob ein, hört man auf Fachleute vor Ort, gut funktionierendes Netzwerk Kinderschutz unbedingt reformiert gehörte und die Zerteilung von Fallaufnahme und Wahrnehmung des Schutzauftrags auf zwei Abteilungen nicht unnötig behördliche Schnittstellen schafft, in denen Einer nicht und der Andere noch nicht zuständig ist. Wie kann man dezentral lokal vernetzt arbeiten? Ergo: Berliner Verantwortliche aufgepasst, wo neue Fehler schlummern! Denn was, wenn man selbst für bessere, neue Strukturen keinen mehr findet, der sie noch mit Leben füllt? Schon jetzt haben nicht nur bundesweit Jugendämter Nöte, für freie Stellen Menschen zu finden, die trotz Tarifkosens, an der Verantwortung gemessen auch hier zu weiterhin nicht zureichenden Konditionen arbeiten wollen! ■